

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949

(10.8.1949) Sonderdruck zur Bundestagswahl

Verstaatlichungen bringen Unfreiheit und sind Wegbereiter für den Bolschewismus

Wer erkennt heute nicht, daß es in diesem Wahlkampf um Freiheit oder Unfreiheit geht? Längst ist in Deutschland und in Europa bekanntgeworden, daß es um eines von beiden geht, entweder Freiheit oder Sozialismus, was Unfreiheit bedeutet. Vor 30 Jahren, als wir noch jung waren, konnte man nur theoretisch abschätzen, welche Vorteile und welche Nachteile die Überführung der Produktionsmittel in die Gewerkschaft mit sich bringen wird. In der Theorie kann man heutzutage streiten, und so war es auch vor 30 Jahren. Heute brauchen wir uns gar nicht mehr theoretisch zu streiten. Wir haben die praktischen Erfahrungen vor uns. Wir haben sie in England, nach kommunistischem Beispiel, wir haben sie in England, in Italien, in Spanien, in Frankreich nach sozialistischem Beispiel.

Wir brauchen wir das auch nicht mehr, weil seine Reden und seine Maßnahmen den Beweis geliefert haben. Denken wir an die Notstandsverordnung beim Dostarbeitstreik, die Heranziehung von Truppen als Streikbrecher (ein Parallelfall läuft jetzt in Australien im Kohlenarbeitertreik) und denken wir schließlich daran, daß man sich zur Zeit in England auch theoretisch in der Richtung bewegt, es gäbe kein Streikrecht mehr, das Recht auf den Streik sei überholt.

alles von der materialistischen Zweckmäßigkeit her gesehen haben, können wir dazu kommen, die Menschen in Unfreiheit zu zwingen, können wir das Rad der Geschichte zurückdrehen in die Zeit der Leibesfreiheit, dem weichen Unterschied besteht zwischen dem bisherigen Lohnarbeiter und dem in einer verstaatlichten Fabrik schaffenden Arbeiter? Wo bleiben in einem sozialistischen Staat die Errungenschaften der französischen Revolution? Die Freiheit des einzelnen wurde mit Blut erkauft — und wird heute gegen das Linsengericht der angeblichen materiellen Besserstellung veräußert.

beantworten diese Frage mit Nein. Nicht die Theorie, sondern alle bisher gemachten Beispiele beweisen dieses Nein. Der Sozialismus und die Sozialisierung wirken sich, obwohl sie anders gemeint sind, in der Praxis unsozial aus. Unsozial in der Richtung, daß die Freiheit beschränkt wird, aber auch unsozial, daß die materiellen Lebensbedingungen schlechter werden. Die englische „Austerity“ ist wohl der beste Beweis für unsere Behauptung — und unsozial.

Wenn wir nun Beispiele aus den anderen Ländern bringen, wollen wir einen zentralen Beobachter sprechen lassen: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Sie hat festgestellt, daß in den Ländern, in denen viel sozialisiert wurde, die Löhne am niedrigsten, während in den USA die Löhne heute auf 119% gegenüber 1937

liegen, und in der Schweiz immerhin schon wieder bei 87% gegenüber dem Vorkriegsstand (gerechnet nach dem Stand der Währungsabwertung gegenüber 1937). In England bei 48 und in Frankreich bei 31%. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich kommt auf Grund genauer Untersuchungen zu der Überzeugung, daß sich nur Länder mit freier Wirtschaft hohe Löhne und eine starke Währung leisten können. Je mehr in einem Lande sozialisiert wird, um so schwächer wird die Währung, und um so schwächer die Kaufkraft des Lohnarbeiters. Nachdem dies nun auf Grund der Praxis erkannt worden ist, ist es doch eigentlich überflüssig, daß wir in Deutschland die gleichen Experimente nachmachen. Wer will denn heute aufstehen und so behaupten lassen, daß wir in Deutschland bessere Erfahrungen machen?

Der Schein regiert

In diesen Sätzen haben wir den klassischen Hegel-Schüler, die Vergottung des Staates, wie auch Stalin sie nicht besser formulieren konnte. Daran kann man keinen politischen Streik gegen die Gewalt des Staates anstellen. Wir haben bei dem Nietzsche-Wort: Der Staat ist das kalte Ugeheuer, als das es sich erweisen hat, 20 bis 30 Jahre nach dem Tode dieses Schein — als das es sich eben auch nur erweisen hat, weil man aus materialistischer Gesinnung einen Staat stiftet, dessen Ausführgesetze nicht mehr dienen, sondern herrschen. Kein noch so autoritärer Herrscher in der Vergangenheit konnte je so unumschränkt herrschen wie heute in den meisten europäischen Ländern die führenden Bürokraten. Der Anweisung die Generalisierung regiert — jeder muß einen Schein haben, und mit diesem Schein in doppelter Linie) ging die Freiheit des einzelnen zugrunde. Wäre es wirklich so, daß der einzelne nichts von der Staat überlebt, dann allerdings ist das Streikrecht überholt. Aber was wäre es denn, einen darüber nachzudenken, ob der Sozialismus nicht überlebt sei. Mit welchen historischen Recht soll sich denn auch der Sozialismus nicht einmal überlebt haben? Mit welchen historischen Recht soll der Sozialismus länger leben als der Kapitalismus, wenn wir schon bei dessen zweifelslos ebenfalls überlebten polaren Gegensatz blieben wollen?

Der Weg von Berlin nach Potsdam führt über die Glienicker Brücke. In den HG-Läden der Ostzone sind die Preise der Ostmark zumeist so hoch wie die westlichen Preise. Da die Ostmark zur West-D-Mark im Verhältnis 6:1 steht, war es für die Potsdamer billiger, in den Westsektoren Berlin zu kaufen. Sie kamen also in Scharen über die Glienicker Brücke nach West-Berlin. Das paßte den Russen nicht, also erfanden sie eine technische Betriebsleitung. Sie rissen auf der Glienicker Brücke den guten Teil der Fahr- und Gehsteine auf und ersetzten sie durch einen nicht befahrbaren und begehbaren. Dann sperren sie die Brücke, weil nun tatsächlich der Verkehr auf der Brücke gefährdet war.

Die Wirtschaft der Ostzone möchte gern in die Westzonen exportieren, aber die westdeutschen Kaufleute wollen keine Ostmark annehmen. Außerdem stellen sie fest, daß die Waren aus der Ostzone von zu schlechter Qualität sind, als daß sie sie in Westdeutschland verkaufen können. Von antiker Sowjetseite wird aber in dem Propaganda-Apparat davon gesprochen, daß die westdeutsche Wirtschaft gerade nach Aufträgen aus der Ostzone sei. Tatsache ist, daß für über 30 Mill. DM Rohstoffe, die in der Ostzone dringend benötigt werden, seit Aufhebung der Blockade von Westdeutschland dorthin exportiert wurden.

Man sieht also, die Wirtschaft im bewirtschafteten Raum funktioniert nicht. Das gleiche Bild haben wir in England. Die Rede, die Minister Cripps am Mittwoch im Unterhaus hielt, konnte als Beweis nicht besser sein. Genau so wie

wurde, sondern verlangt die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie und anderer Wirtschaftszweige. Genau so hat Herr Cripps erklärt, daß in Deutschland die Grundstoffindustrie, die Banken, Versicherungen usw. sozialisiert werden sollen. Wenn wir einen Blick auf Italien, die BRD, die Staatsholding-Gesellschaft bringen, plant den Sanierung der verstaatlichten Betriebe. Von den 90 Mrd. Lire, die von Mitteln des öffentlichen Kasse in die

Wirtschaft gepumpt wurden, mußten allein 100 Mrd. Lire in die IRI gesteckt werden, obgleich diese nur 5% der Industrie und Handwerk Beschäftigten auf sich vereinigt. Eine Fabrik mit einer Belegschaft von 4000 Arbeitern hat 27 Direktoren und technische Leiter! In Finnland ist infolge der Übernahme des Personalbestandes und den viel zu hohen Gehältern und Löhnen die staatliche Eisenbahn zu einem erheblichen Verlustbetriebe geworden.

„Dirigismus“ in Spanien und Frankreich

In Spanien gibt es die sogenannte Nationalinstitut der Industrie (INI), ebenfalls die Holdinggesellschaft für die verstaatlichten Betriebe. Die INI wird bei der Verteilung der wenigen Rohstoffe und der unzureichenden Produktionsmittel deutlich bevorzugt. Der Dirigismus regiert in Spanien, und weil

er regiert, gibt es keine Anleihen aus USA. Es ist ein offenes Geheimnis in Spanien, daß das Ausbleiben der amerikanischen Anleihen weniger auf politische als auf wirtschaftliche Überlegungen zurückgeht, eben aus dem Mangel der USA gegen Investitionen in eine dirigierte Wirtschaft. Diese Feststellung ist auch für uns Deutsche wichtig und gibt einen weiteren Grund, von einer dirigierten Wirtschaft und von Verstaatlichungen absehen. Deutschland wird ohne fremde Kapitalzufuhr überhaupt nicht aufleben können, jedenfalls nicht in dem Tempo, das wirklich notwendig wäre. Unser Berichterstatter aus Spanien hat weiter festgestellt, daß auf der einen Seite das Franco-Regime am Dirigismus Gedächtnis pflegt, andererseits die starke Einengung der privaten Initiative der wesentliche Grund für die schwere Wirtschaftskrise ist, in der sich Spanien befindet. Alle autoritär regierenden Männer bekommen Geschmack am Dirigismus, ob sie Franco oder Cripps

er regiert, gibt es keine Anleihen aus USA. Es ist ein offenes Geheimnis in Spanien, daß das Ausbleiben der amerikanischen Anleihen weniger auf politische als auf wirtschaftliche Überlegungen zurückgeht, eben aus dem Mangel der USA gegen Investitionen in eine dirigierte Wirtschaft. Diese Feststellung ist auch für uns Deutsche wichtig und gibt einen weiteren Grund, von einer dirigierten Wirtschaft und von Verstaatlichungen absehen. Deutschland wird ohne fremde Kapitalzufuhr überhaupt nicht aufleben können, jedenfalls nicht in dem Tempo, das wirklich notwendig wäre. Unser Berichterstatter aus Spanien hat weiter festgestellt, daß auf der einen Seite das Franco-Regime am Dirigismus Gedächtnis pflegt, andererseits die starke Einengung der privaten Initiative der wesentliche Grund für die schwere Wirtschaftskrise ist, in der sich Spanien befindet. Alle autoritär regierenden Männer bekommen Geschmack am Dirigismus, ob sie Franco oder Cripps

er regiert, gibt es keine Anleihen aus USA. Es ist ein offenes Geheimnis in Spanien, daß das Ausbleiben der amerikanischen Anleihen weniger auf politische als auf wirtschaftliche Überlegungen zurückgeht, eben aus dem Mangel der USA gegen Investitionen in eine dirigierte Wirtschaft. Diese Feststellung ist auch für uns Deutsche wichtig und gibt einen weiteren Grund, von einer dirigierten Wirtschaft und von Verstaatlichungen absehen. Deutschland wird ohne fremde Kapitalzufuhr überhaupt nicht aufleben können, jedenfalls nicht in dem Tempo, das wirklich notwendig wäre. Unser Berichterstatter aus Spanien hat weiter festgestellt, daß auf der einen Seite das Franco-Regime am Dirigismus Gedächtnis pflegt, andererseits die starke Einengung der privaten Initiative der wesentliche Grund für die schwere Wirtschaftskrise ist, in der sich Spanien befindet. Alle autoritär regierenden Männer bekommen Geschmack am Dirigismus, ob sie Franco oder Cripps

er regiert, gibt es keine Anleihen aus USA. Es ist ein offenes Geheimnis in Spanien, daß das Ausbleiben der amerikanischen Anleihen weniger auf politische als auf wirtschaftliche Überlegungen zurückgeht, eben aus dem Mangel der USA gegen Investitionen in eine dirigierte Wirtschaft. Diese Feststellung ist auch für uns Deutsche wichtig und gibt einen weiteren Grund, von einer dirigierten Wirtschaft und von Verstaatlichungen absehen. Deutschland wird ohne fremde Kapitalzufuhr überhaupt nicht aufleben können, jedenfalls nicht in dem Tempo, das wirklich notwendig wäre. Unser Berichterstatter aus Spanien hat weiter festgestellt, daß auf der einen Seite das Franco-Regime am Dirigismus Gedächtnis pflegt, andererseits die starke Einengung der privaten Initiative der wesentliche Grund für die schwere Wirtschaftskrise ist, in der sich Spanien befindet. Alle autoritär regierenden Männer bekommen Geschmack am Dirigismus, ob sie Franco oder Cripps

er regiert, gibt es keine Anleihen aus USA. Es ist ein offenes Geheimnis in Spanien, daß das Ausbleiben der amerikanischen Anleihen weniger auf politische als auf wirtschaftliche Überlegungen zurückgeht, eben aus dem Mangel der USA gegen Investitionen in eine dirigierte Wirtschaft. Diese Feststellung ist auch für uns Deutsche wichtig und gibt einen weiteren Grund, von einer dirigierten Wirtschaft und von Verstaatlichungen absehen. Deutschland wird ohne fremde Kapitalzufuhr überhaupt nicht aufleben können, jedenfalls nicht in dem Tempo, das wirklich notwendig wäre. Unser Berichterstatter aus Spanien hat weiter festgestellt, daß auf der einen Seite das Franco-Regime am Dirigismus Gedächtnis pflegt, andererseits die starke Einengung der privaten Initiative der wesentliche Grund für die schwere Wirtschaftskrise ist, in der sich Spanien befindet. Alle autoritär regierenden Männer bekommen Geschmack am Dirigismus, ob sie Franco oder Cripps

Glienicker Brücke

Sowjets und Labour Party sperren die Brücke zur Freiheit

Die Parallelen gehen aber noch weiter. Herr Cripps appellierte an die Arbeiter, sie müßten mehr leisten. Dazu stand in einem gewissen Widerspruch die Feststellung Cripps, daß die Produktion Englands auf einer noch nie dagewesenen Höhe stünde, was das Unterhaus mit Beifall quittierte. Das war weder allgemein bekannt, noch wirtschaftlich logisch; denn es ist doch nicht zu verstehen, daß ein Land mit höchstem Produktionsstand, sich eine so traurige Ministerrede anhören muß. Aber lassen wir das. Kehren wir zu dem Arbeiter zurück, der immer mehr leisten muß. Im sowjetischen Interessengebiet kennt man das Stachanowssystem. Dem gingen seinerzeit die gleichen Ap-

pellé voraus, wie sie Herr Cripps ebenfalls seit zwei bis drei Jahren immer wieder vor sich gibt. Eine weitere Parallele: Herr Cripps gabelte scharf die Straße, die, wie er sagte, nur politischen Zielen dienen, nämlich die englische Wirtschaft zu schwächen. Auch diesmal passierte ihm ein Malheur; denn ein paar Sätze später sagte er, es dürfe jetzt in England niemand daran denken, sein persönliches Einkommen zu erhöhen. Gemeint waren die Eisenbahner und Hafenarbeiter, die bis in die jüngste Zeit in England gestreikt haben, aber, wie üblich, nur um höhere Löhne zu bekommen. Nach sozialistischer Auffassung sind das also politische Streiks, wenn man in einem sozialistischen Regime um höhere Löhne kämpft. Nach gleichem Muster werden die bis vor kurzem streikenden Berliner Eisenbahner jetzt von der ostzonalen Eisenbahnverwaltung gemeldet.

Ja, auf der Glienicker Brücke des freien Außenhandels von Löhnen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind eben in England die Böden aufzubrechen, und der Verkehr stockt. Schließlich die letzte Parallele, Herr Cripps sagte, er werde mit Konstruktiver Entschlossenheit eine Wirtschaftspolitik fortsetzen. Ein solche konstruktive Entschlossenheit zeigen auch die ostzonalen Wirtschaftsbeamten. Sie nennen es auch häufig sogar, so. Und mit dieser Entschlossenheit — (kriegen sie Wort, das wir in Deutschland zwischen 1923 und 1948 auch sehr oft gehört haben — reißt man dann die Böden auf der Glienicker Brücke auf.

So tat es Herr Cripps. Oder war seine Rede eine taktische Unterlage für den Besuch des US-Finanzministers Snyder?

Keine Verstaatlichungsexperimente in Deutschland

Auch wir wollen in Deutschland keine Verstaatlichungen haben. Wir wollen nicht Experimente machen, die anderen Ländern teuer zu stehen gekommen sind und noch teurer zu stehen kommen werden. Wir wollen freie Arbeiter haben, die auch einmal streiken dürfen, die freie Arbeitsplatzwahl haben, die ihre Rechte durchsetzen können, ohne daß man ihnen mit fadenstechnigen

Sozialismus oder Freiheit

und nach der wirtschaftlichen Seite

Freie Wirtschaft, hohe Löhne und feste Währung

oder

Sozialisierte Wirtschaft, niedrige Löhne und schwankende Währung

Es gibt nur das eine oder das andere!

Der Fehlschlag der britischen Sozialisierungen

Ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll

Man will, was gegenwärtig in England sozialpolitisch geschieht, ein „sozialistisches Experiment“ nennen. Und ein Experiment ist es in der Tat — für alle übrigen Länder, nicht aber nur ein solches auch für England. Für England bedeutet die Sozialisierung weit mehr als nur ein Versuch, in kleinem Maßstab angestellt, dessen Ergebnis zu lernen hätte, welcher Weg im großen einzuschlagen wäre. Die britischen Sozialisierungen seien als Versuchsmaterial des gesamten Weltstandes gerade zu sozialisierendem Wirtschaftswesen ein. Sie schaffen in denkbar größtem Maß vollendete Tatsachen, die nicht mehr oder nur um den Preis neuer ungeheurer Opfer abgedreht werden können. Aus dem Ergebnis der getroffenen Maßnahmen werden sich wohl auch auf der Insel selbst Lehren ziehen lassen, Lehren, die für England aber zu spät kommen. Nur für andere Länder, für solche über die der Sozialisierungswahn noch nicht hinweggegangen ist, haben sie den unanschätzbaren, und dazu ohne stören Kinastis gewonnenen Wert eines Experiments im eigentlichen Verständnis des Wortes, vorausgesetzt, daß man, was dabei an Belehrung herauszulesen, auch praktisch zu nutzen versteht.

Weiter „Lohnsklaven“

England verstaatlichte bisher bekanntlich außer der Bank von England die Eisenbahnen und den Aufstern-

verkehr, die Elektrizitätswerke, den Kohlenbergbau und das Gesundheitswesen. Am Beispiel des sozialisierten Kohlenbergbaus wird besonders klar, wie wenig die Übernahme der Kohlengruben in das Eigentum des Staates der Bevölkerung wirkliches Nutzen brachte. Um eine Leistungssteigerung zu erreichen, wurden vom Staat für verbesserte Mechanisierung 25 Millionen Pfund Sterling aufgewendet. Die Förderung stieg aber nicht nur nicht an, sondern blieb in den Monaten Juni bis Oktober 1949 um 128.000 t je Woche hinter jener des Jahres 1938 zurück. Auch der einzelne Bergmann erlitt eine Entlohnung, seine Lage besserte sich nicht, und er hörte nicht auf, einen „Lohnsklaven“ in sich zu sehen. An Stelle des Zehndirektors, den der private Besitzer eingesetzt hatte und für dessen Einstellung, Befähigung und fachliche Erfahrung maßgebend gewesen waren, befehligte ihn jetzt ein Bürokrat, der seine Ernennung Beziehungen und vielleicht noch die gewandten politischen Verbindungen nicht ohne fachlicher Bewährung im Bergbau zu verdanken hat, und der die Verantwortung in Zweifelsfragen nur allzu gerne eine übergeordnete Stelle übernehmen läßt. Ein richtiger Bürokrat trifft niemals selbst eine Entscheidung. Rasche Entscheidungen sind aber in der Industrie unersetzliche Voraussetzungen jeder geistlichen Entwicklung.

Bürokratie im Sattel

Mit der Bürokratie, die die Sozialisierungen nun auch in der Wirtschaft in den Sattel — des freien Unternehmens — haben, scheint man in England nicht bessere Erfahrungen als anderwärts zu machen. Alfred Edwards, Mitglied des britischen Unterhauses und ehemals auch der Labour Party (mit der er ausgeschlossen wurde, weil er gegen die geplante Sozialisierung der Stahlindustrie Stellung genommen hatte) wendet sich scharf gegen den Irrtum, die kapitalistische Industrie sei ohne Planung, um dann zu zeigen, welche

Verstellung man in der Labour Party von Planwirtschaft hat. Nach der Darstellung dieses aus eigener Anschauung urteilenden britischen Parlamentariers, der sich selbst einen Sozialisten nennt, sieht es in dieser Verstellung etwa so aus:

Theorie gegen Erfahrung

Irgend einer jungen Dame oder einem jungen Mann, frisch von der Londoner Hochschule für Volkswirtschaft und bar jeder praktischen Erfahrung werden die bedeutendsten Industrien Englands

unterstellt. Die Pläne dieser jungen Leute werden stöberlich aufgeschrieben und dann von einem Stab von Staatsbeamten und Labour-Politikern in die Praxis umgesetzt. Es kann dabei vor, daß die jungen Planungsgelehrten Privattatmen (damals) sozialer Stahl unterliehen wie überhaupt erzeugt wurde. Wie in aller Welt, fragt Edwards angesichts eines solchen Verfahrens, könnte man sich in England jemals einbilden, daß es den Interessen der Arbeiter (denn werde, das Eigentumsrecht an Produktionsmitteln denjenigen zugeworfen, die sie aufgebaut haben, um es Leuten zu übertragen, die noch niemals etwas aufgebaut haben?

Hohe Löhne — hohe Umsätze

Die Metallen in Privatbesitz verbleibenden britischen Industrien haben seit 1948 bedeutende Erhöhungen der Produktion aufzuweisen, und die meisten einschichtigen Unternehmer sind heute den Labour-Führern voraus und wissen, daß ihre Gewinne und Dividenden im Grunde aus der Löhnhöhe der Arbeiter kommen. Vollbeschäftigung ist für den einflussreichen Unternehmer ebenso wichtig wie für die Arbeiter selber. Es ist irrig anzunehmen, die Arbeiter einer Fabrik stellen Waren her, die an andere Schichten der Bevölkerung verkauft werden. Die meisten Erzeugnisse werden an die arbeitende Bevölkerung selbst abgesetzt. Die hohen Einnahmen bewirken die Prosperität in Amerika, die hohen Löhne der Arbeiter, die hohen Gewinnspannen der Unternehmer. „Es muß für alle ein Nutzen herauspringen — oder für keinen. Moderne Wirtschaftsführer sind sich dessen durchaus bewußt.“

Es wird lustig weiter sozialisiert

Auf solche und ähnliche Argumentationen antwortet man in England der Labour Party noch wie es Edwards gelehrt, mit der Ausschließung auf der Partei und Straßnahmen ähnlicher Art. Ohne, wie es scheint, im geringsten bedacht zu sein, beabsichtigt die Labour-Regierung zu weiteren Sozialisierungen zu schreiten. Ihr nächstes schon bekannt gegebenes Ziel ist die Stahlindustrie, die in jedem Hinsicht bedeu-

rendste Industrie Englands. Wie wenig die geplante Verstaatlichung von der Entwicklung dieser Industrie selbst oder von Interessen der britischen Wirtschaft überhaupt abgeleitet wird, geht daraus hervor, daß die Stahlproduktion 1938 rund 11 Millionen t betrug, 1948 aber ohne daß wesentliche Verbesserungen der Ausrüstung erfolgt wären, 15 Millionen t erreichte. Auch diese soziale Spannungen, Stürke, kann die Stahlindustrie seit dreißig Jahren nicht mehr. Die Löhne stiegen und fielen, im Sinne eines bestehenden Abkommens, im Verhältnis zu den Preisen.

Kommunisten höhnen die Labour Party aus

Was veranlaßt nun aber die Männer, die für die Wirtschaftspolitik der Labour Party verantwortlich zu machen sind, bei allen für den einzelnen Arbeiter aus für die Wirtschaft überhaupt ungünstigen Ergebnissen ihrer Sozialpolitik an den Sozialisierungsplänen festzuhalten? Der mehrfach erwähnte Parlamentarier Edwards, dessen Gedankengänge wir zum Teil weiter folgen, deutet an, auf welchem Weg eine Antwort auf diese Frage gefunden werden könnte. Die Labour Party, sagt er, kann separatist aus Bruder, weil sie die alte Liberale Partei von innen her auslösche. Um von 1908 bis 1918 an der Macht zu bleiben und sich die Unter-

stützung der Labour-Leute zu sichern, machten die Liberalen in vielen Punkten Zugeständnisse. Je mehr sie nachgaben, desto mehr Liberale kehrten ihrer eigenen Partei den Rücken und desto massiver rückte die Labour Party nach. Heute stehen wir vor der Frage, ob die Kommunisten die Labour Party von innen her auslöschen vermögen. Zwar werden Kommunisten in die englische Labour Party nicht aufgenommen, wohl aber in die Gewerkschaften der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Horner ist Kommunist und die Gewerkschaften beherrschen die Labour Party. Die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung, die ihre Streikmänner verschleimen, sind, wie Edwards meint, dafür verantwortlich, daß die Labour Party auf die Verstaatlichung der Stahlindustrie getrieben wurde.

Sowjetdrahtzieher in London

So, mit den Augen Edwards' gesehen, stellt sich die Labour Party als ein Organismus dar, dessen Führung kommunistische Drahtzieher in London oder, was wahrscheinlicher ist — anderwärts, bedienen, um ihre eigene Wirtschaft- und Sozialpolitik zum Siege zu führen. Die Wirtschaftsführer der Labour Party werden ihrerseits vielleicht

meinen, noch vollkommen freie Willensbestimmung zu haben. Sie sehen in ihrer Politik vermutlich nur einen Versuch, den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Einen Versuch — also ein Experiment. Auch bei diesem „Experiment“ geht es jedoch um ein Ganzes. Um nichts Geringeres geht es, als um die Existenz der Labour Party selbst, die nur so lange bestehen wird, als sie eine eigene Politik treiben kann und auch wirklich treibt, und zufriedener werden wird, wenn sie die kommunistische Ränke Kolonne im eigenen Lager nicht zu erkennen und unschädlich zu machen versteht.

Als ein Experiment, das vor allem von ihnen selbst als solches angesehen werden kann, verfolgen die Wirtschaftsführer und Politiker der Länder, die sich von der Sozialisierungsidee bisher freihalten konnten, die Entwicklung in England. Die Welt hat ungeheuer viel von großen britischen Staatsmännern und von den in der englischen Geschichte bewährten staatlichen Einrichtungen und Gebräuchen gelernt. Es gibt auch jetzt wieder etwas zu lernen aus dem englischen Beispiel. Was diesmal zu lernen ist, scheint indessen im weitesten Sinne nicht zu machen soll.

Staatsbetriebe Italiens erfordern hohe Zuschüsse

Große Verluste — immer neue Sanierungspläne

Seit ihrem Entstehen um die Jahrhundertwende hat die italienische Schwerindustrie auf der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Wie nach dem ersten Weltkrieg beschäftigten sich Regierung und Presse mit den Möglichkeiten einer Sanierung der durch den Verlust arbeitslosen Werke, die nur durch beträchtliche Staatszuschüsse am Leben erhalten werden. Den Kern des Problems bilden die zwei über dem internationalen Stande liegenden Kosten und Preise der eisenschaffenden Industrie, die auf die gesamte Maschinen-

wirtschaft für die Lösung in einer staatlichen Zusammenfassung und Rationalisierung der Produktion liegen. Die Gegenstände wendet ein, daß der staatliche Anteil an der Eisen- und Stahlherstellung von 43 (1948) auf fast 100% steigen, die Arbeitslosigkeit zu nehmen und die geplante Erzeugung von jährlich etwa 3 Mill. t auf Absatzschwierigkeiten stießen würde. Die Gewerkschaften der 30.000 Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie stehen auf Seiten der Fabrik-Gruppe, weil sie dem Verlust von Arbeitsplätzen befürchten. Zu bedenken sind indes die Interessen der rund 850.000 Arbeiter der Maschinenindustrie, die infolge der überhöhten Eisen- und Stahlpreise auf dem Weltmarkt zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Hohe unproduktive Löhne

Die Lage in der Eisenverarbeitenden Industrie, namentlich im Maschinenbau, ist noch ärger. Die Umstellung von Rüstungsbetrieben, Umstellung auf Friedensproduktion ist nur in seltenen Fällen — wie bei den Danneberg-Rüstungs- und Bergmann- und Agnelli — gelungen. Chemische Anlagen, unproduktive Löhne, hohe Gehaltslinien, mangelhafte Arbeitsproduktivität bilden hier zusammen mit der wachsenden Auslandskonkurrenz und der ungenügenden Absatzorganisation vielfältig verschiedene Ursachen und Wirkungen. Der Werk- und Maschinenbau-Konzern Odero-Terni-Orlando, von dessen 30.000 Arbeitern etwa 2000 für sechs Monate unter Weiterzahlung von 80 Prozent des Normallohnes beurlaubt sind, arbeitet seit 1944/45 mit zunehmenden Verlusten. Der blanzmäßige Gesamtverlust erreichte bis Ende vorigen Jahres 4,8 Milliarden Lire; seit März 1946 stiegen — bei einem Aktienkapital von nur 150 Mill. Lire — die Anleiheverbindungen von 37 auf 112 Milliarden Lire, trotz Neuverleihungen und staatlichen Stützungsgebern zu dem geringen Zinssatz

von 1,7%. Das Werk- und Maschinenbauunternehmen Ansaldo, das bei einem Gesellschaftskapital von 500 Mill. Lire bis Ende März vorigen Jahres 17,4 Milliarden Lire III-50-Staatsanleihe erhielt und seit 1944/45 Verluste im Gesamtbetrag von 12,7 Milliarden Lire aufweist, liefert ein noch schlimmeres Beispiel. Zum Teil wird die Herabnahme ausländischer Schiffbauaufträge in den Jahren 1946/47 zu unter dem Erzeugungskosten liegenden Preisen die die hollere Lage verantwortlich gemacht. Ansaldo arbeitet gegenwärtig fast ausschließlich für den Staat. Früher machten die Aufträge der Kriegsmarine etwa drei Fünftel der Beschäftigung aus. Die Erhaltung des Flugzeug- und Maschinenbau-Unternehmens Breda hat dem Staat seit dem Krieges fast 13 Milliarden Lire gekostet. Nicht besser sind die Ergebnisse bei Cagnoni, Alcedio-Bacchini verbrauchte Milliarden in Laboratorien und Konstruktionsbüros, solange der Staat, wie bei den anderen Werken, praktisch der alleinige Kunde war. Heute macht sich das Fehlen einer Rüstungsorganisation fühlbar. Für das Maschinenbau-Unternehmen IRI-Praschi ist bestimmt, daß eine Arbeitsgesellschaft von 4000 Arbeitern von 37 Direktoren und technischen Leitern geführt wird; die dort vorliegenden Textilmaschinenaufträge über monatlich 200 Millionen Lire werden nur zur Hälfte erfüllt, und der in Gang erhaltene Kraftfahrzeugbau arbeitet mit einem Defizit von 600.000 bis 700.000 Lire je Fahrzeug. Zu den allgemein über dem internationalen Stand liegenden Erzeugungskosten gewiß sind in vielen Fällen noch eine mangelhafte und schwerfällige technische und verwaltungsmäßige Organisation, die dem Staat aus politischen und sozialen Rücksichten immer wieder zu Zuschüssen, Darlehen, Subventionen und ähnlichen Hilfen nötigt.

Steuerzahler muß Verluste decken

1/3 der Investitionen werden aus Staatsmitteln aufgebracht

In letzter Zeit hängen sich die Sanierungspläne der Schwerindustrie wie auf dem Prallen des IRI, Marchese, auf dem dritten Nationalen Außenhandelskongress stützlich aus, bei dem Komplex der staatlichen IRI-Betriebe, der 51 Werke mit etwa 85.000 Beschäftigten umfaßt. Die Finanzdirektion der IRI, will die Existenz der Unternehmungen Ansaldo, Odero-Terni-Orlando und San Giorgio durch Zusammenlegung sowie durch Beschäftigung sichern, die sich auf die Hälfte der gesetzlich vorgesehenen Schutzmaßnahmen (200.000 HRT) beschränken. Die Finmeccanica, die Maschinenbaugruppe im IRI, gedenkt die elektrotechnischen Abteilungen der Unternehmen Ansaldo und San Giorgio mit Aufwendungen in Höhe von 4-5 Milliarden Lire wirtschaftlicher zu gestalten. Auch hier wehrt sich die Privatindustrie, die nach den Börsenkursen einer Depression ausgesetzt, gegen die Begründung staatlicher Unternehmen. Sie macht geltend, daß von der im Finanzjahr 1948/49 in der Industrie und im Handwerk investierten Summe von etwa 300 Milliarden Lire rund 98 Milliarden auf den IRI-Komplex kommen, obgleich diese mit insgesamt 300.000 Arbeitern nur 1/3 der in Industrie und Handwerk Beschäftigten stellt.

Auf der anderen Seite sind bei der Genehmigung von Darlehen, deren Gesamtsumme mit 38,8 Millionen (rund 22 Milliarden Lire) angenommen wird, beide Gruppen beteiligt worden. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Anleihen eine nachhaltige Sanierung bewirken. Das Istituto per la Ricostruzione Industriale (IRI), die Halbinselgesellschaft italienischer Staatsbetriebe, veröffentlichte im Jahresbericht 1945, dessen Gewinne und Verlustrechnung bei Löhnen in Höhe von 3812 Mill. Lire mit einem Passivsaldo von 23 Mill. schließt.

Auf der Aktivseite der Bilanz sind Beteiligungen und Finanzierungen mit 145 Milliarden Lire eingewirft. Die Passivseite enthält den um 40 auf 60 Mrd. erhöhten Darlehensfonds, kurz- und langfristige Verbindlichkeiten mit 54, Vorkaufzahlungen des Schatzamtes und einen Ausgleichsbestand von 15 Mrd. Lire.

Im Berichtsjahr erzielten nur wenige Werke günstige Betriebsergebnisse. Vor allem die Werften wissen beträchtliche Verluste auf. Für die verarbeitende Entwicklung in den Jahren 1947, 1948 und 1949 wird die Aufrechterhaltung überschuldeter Betriebsstätten verantwortlich gemacht.

Die Gesamtinvestitionen betragen im vergangenen Jahre 31,8 Milliarden Lire; davon wurden 23 durch Aktien, Anleihen und andere langfristige Operationen aufgebracht; etwa 41 stammten aus staatlichen Mitteln. Die staatlichen Zuschüsse zur Befriedigung des Finanzbedarfs, der auf dem freien Markt nicht gedeckt werden konnte, betragen bei dem Elektrizitätswerk I.E. beim Ferngaswerk 21, bei der Eisenindustrie 22, beim Schiffbau 45 und beim Maschinenbau 90 Prozent. Nach Kürzung der Subventionen für den Maschinenbau steht der Vorkauf für das laufende Jahr Gesamtinvestitionen in Höhe von 45 Mrd. vor, soweit Staatsmittel in Betracht kommen.

Das Istituto per la Ricostruzione Industriale (IRI), die Halbinselgesellschaft italienischer Staatsbetriebe, veröffentlichte im Jahresbericht 1945, dessen Gewinne und Verlustrechnung bei Löhnen in Höhe von 3812 Mill. Lire mit einem Passivsaldo von 23 Mill. schließt.

Nur die Freiheit der Wirtschaft bringt hohe Löhne

Länder mit Sozialisierungsexperimenten haben schwache Währungen

In zunehmendem Maß wird in London die Währungsentwicklung in Beziehung zu den Goldreserven gebracht. City-Kreise machen sich Sorgen wegen des datierten Absinkens der Reserven in den Ländern, welche Währungs-Großbritannien kündige seine Goldreserven hat unter Verzicht auf Investition, die die Produktivität der britischen Industrie steigern sollen oder auf Kosten der übrigen Sterbgläubiger erhöhen.

Die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) bringt dies in einem soeben vorgelegten Bericht auf folgende Formel: „Großbritannien hat seine Hilfeleistungen zusätzlich der ihm aus dem Marshallplan zufließenden Mittel dafür eingesetzt, seine Exporte verbilligenden zu begünstigen. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, seine Währung zu stärken.“ Diese Stärkung aber kostet Dollar. In früherer Zeit stand über allem die Goldpolitik der Länder. Durch sie wurde die Höhe der Zinsen und selbst die Höhe der Beschäftigung reguliert. Noch sind die Regierungen nicht gewillt, dem Golde diese führende Stellung zurückzugeben, aber es scheint so, daß man dieser Angelegenheit in Kürze eine größere Aufmerksamkeit als bisher widmen müßte.

Fast alle Währungen der Welt sind in ihrem Verhältnis durcheinander ge-

	(in Prozent von 1937)
Belgien	104
Schweden	115
USA	113
Schweiz	87
Italien	75
Großbritannien	49
Frankreich	31
Niederlande	25

Belgien, das gute Beispiel

Nach diesem Vergleich müßten Belgien, Schweden, die USA und die Schweiz die schwächsten Währungen, die Niederlande, Frankreich und Großbritannien die stärksten Währungen haben! Geht diese Betrachtung ist sinnvoll. Der strukturelle Wandel Europas gegenüber dem USA könnte eine teilweise Erklärung sein, aber auch nur eine teilweise. Der strukturelle Wandel in den USA und Europa hat aber — in den 20er und 30er Jahren die Parität der Kaufkraft gegenüber 1913 in keiner Weise berührt, obwohl sich doch seit 1913 bis Anfang der 30er Jahre gewisse große strukturelle Wandlungen vollzogen haben. Belgien ist eines der europäischen Länder mit den höchsten

Preisen; die belgischen Löhne sind mehr als das Dreifache der britischen angestiegen. Belgien leidet an „durchschnittlichen konstitutionellen Erkrankungen“ und lokalischer Disziplinlosigkeit. Andererseits ist Belgien Europas „Kleinlöher“. Es hat mit Ausnahme der Schweiz die beständigste Inflation in Europa und ist auf das Gold anderer Länder ein starkes Anziehungskraft aus. Wodurch ist dies zu erklären? Der BIZ beruht es Kopfzerbrechen, daß Belgien und Italien ihre Goldreserven und ihre Währungen stärken, indem sie Investitionen für Produktionszwecke vernachlässigen. In diesem abweichenden Widerspruch liegt viel Wahrheit, denn die chronische britische Dollarschwäche ist mit der starken Investitionspolitik im Inland und der Beibehaltung der Sterblichkeitspflichtungen aus verbunden.

Staatlich gelenkt — schwach

Diejenigen, die für einen freien Handel der Währungen an freien Märkten eintreten und einen ungehinderten internationalen Fluß des Geldes befürworten, gehören keineswegs im Irrtum. Sie können aber nicht einsehen, daß irgend ein Land seine Währung dadurch stärkt, daß es seine nationale Konkurrenzfähigkeit im internationalen Handel untergründ. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bringt selbst zum Ausdruck, daß ein Land nur zuweilen Investitionen im Inland und Stärkung seiner Währung wählen könne. Die Länder, die sich für Stärkung der Währung entscheiden werden wahrscheinlich sehr bald ausländisches Kapital zur Modernisierung und zum Ausbau ihrer Industrie benötigen. Auch von der sozialen Seite her gesehen, könne keine vernünftige Erklärung für diese Phänomene gefunden werden. Die einzige Erklärung müßte darin gesucht werden, daß Länder mit starken Währungen und relativ hohen Löhnen, freiem Zugang zu den Weltmärkten haben und auch über freie Inlandmärkte verfügen. Länder mit weichen Währungen hingegen und niedrigen Löhnen haben eine sogenannte „staatlich gelenkte“ Wirtschaft. Allgemein war man die Meinung, daß die erstere sich drei Märkte und hohe Löhne leisten können, weil sie starke Währungen haben. Die BIZ kommt aber jetzt zu dem Schluß, daß sie sich — ungeachtet — hohe Löhne und starke Währungen leisten können, weil sie eine freie Wirtschaft haben. Weiterhin führen Maßnahmen zur Einschränkung ausländischer Devisen, wie Devisenkontrollen und Beschränkungen der Einfuhr sogenannter „nicht lebenswichtiger“ Güter am Ende eben zum Verschwinden der so genannten fremden Währungen und betonen die Neigung auf eine verstärkte nationale Letztinstanz. Diese aber betrachtet Washington als eine Gefahr für den nordamerikanischen Wohlstand und die demokratische Zivilisation. Die BIZ kommt zu dem Schluß, daß die Länder im Spiel der internationalen Kräfte am besten standhalten werden, die am ehesten zu der größtmöglichen wirtschaftlichen Freiheit zurückkehren.

Abonnieren Sie unser Blatt
und geben Sie uns damit die Möglichkeit, Sie laufend über die interessantesten und neuesten wirtschaftlichen Ereignisse in aller Welt zu unterrichten.

Siehe die Anzeigebilder

An die **„WIRTSCHAFTSREVUE“** Karlsruhe
Karlsruher Büro Verlorenstraße 35

Bestellschein

Lesen Sie mir / uns die **„WIRTSCHAFTSREVUE“**
Unabhängige Europäische Wochenzeitung

ab 1948 durch die Post - unter Briefmarken zum Monatsbezugspreis von DM 3.-
einschl. Postaufschlag oder Porto

a) laufend b) für 1 Probemonat

Name / Firma _____
Beruf / Branche _____
Ort und Straße _____
Datum _____
Abdruckverbot für die Anzeigebilder

(Unterschrift) _____

Ausgeblutete Ostzone

Milliarden-Beträge an Reparationen

In den letzten Tagen hat die Sowjetregierung erneut die Forderung auf Reparationen auch aus den deutschen Westzonen erhoben. Die Gesamtforderung der Sowjets wurde seinerzeit auf der Londoner Außenministerkonferenz mit 18 Milliarden Dollar beziffert. Der nachfolgende Aufsatz, der auf erweiterter Untersuchung der wirtschaftlichen Vorgänge in der Ostzone beruht, versucht, was die Russen allein aus der Ostzone bisher entnehmen haben. Der Aufsatz gibt unseres Wissens zum ersten Male in dieser zusammenfassenden Form wichtige Anhaltspunkte und Zahlen. Wir veröffentlichen ihn daher in seiner vollen Länge.

Die Reparationen West-Deutschlands bestehen nahezu ausschließlich in der Entnahme einer beschränkten Zahl von Industrie-Ausrüstungen. Derartige Demontagen hat die sowjetische Besatzungszone auch erlebt und zwar in ungleich größerem Umfang. Sie hat aber außerdem zugunsten der Sowjetunion auf das Eigentum an 130 der größten Industriebetriebe mit etwa 300.000 Beschäftigten verzichten müssen, und sie hat ferner Sachlieferungen aus der laufenden Produktion in einem Umfang geleistet, der in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte einmalig ist.

70 Prozent der Nettoproduktion ging nach Sowjetrußland

Eine exakte Statistik dieser Sachleistungen ist nicht möglich, da für die zurückliegenden Jahre weder von sowjetischer noch von deutscher Seite Zahlen publiziert worden sind. Immerhin sind aber im Laufe der Zeit so viel zuverlässige Angaben bekannt geworden, daß danach die Bedeutung der Reparationen auch in quantitativer Beziehung abgeschätzt werden kann. Da die Reparationen überwiegend aus der industriellen Produktion entnommen werden, können sie in größerem Maße erst anlaufen, als die industrielle Produktion der Sowjetzone wieder

stärker in Gang gekommen war. Das war im Jahre 1946, schon in diesem Jahre haben die reinen Reparationen wahrscheinlich überhaupt ihr Maximum erreicht, und zwar mit mindestens 1200 bis 1300 Mill. Mark. Das Land Sachsen, als größtes Industriegebiet der Zone, war daran mit etwa 700 Mill. Mark beteiligt; es folgten Sachsen-Anhalt mit annähernd 400, Thüringen mit 350 und Brandenburg mit etwa 100 Mill. Mark. Den Wert der sehr bedeutenden Reparationslieferungen an Zucker — die heutige sowjetische Zone steht im Anbau von Zuckerrüben an erster Stelle in Deutschland — wird man für dieses Jahr mit etwa 125 Mill. veranschlagen können. Der Rest entfällt auf die industriell unbedeutende Mecklenburg und auf Warenkategorien, die in den obigen Zahlen nicht enthalten sind.

Diese Reparationsanträge im Jahre 1946 waren, zusammen mit den noch zu erwartenden anderen Formen sowjetischer Entnahmen, demartig hoch, daß die Besatzungszone von der industriellen Nettoproduktion der Sowjetzone in diesem Jahr wenigstens 65 bis 70 Prozent beanspruchte. Für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung des Gebietes läßt sich davon in zahlreichen Branchen fast nichts übrig, es müßte sogar zur Erfüllung der sowjetischen Forderungen vielfach noch auf Lagerbestände zurückgegriffen werden. Außerdem sank in dem außergewöhnlich strengen und langen Winter 1946/47 die industrielle Erzeugung erheblich ab. Die Reparationshöhe von 1946 konnte folglich im Jahre 1947 nicht ganz gehalten werden; man wird für dieses Jahr mit einer Summe von 1200 bis 1300 Mill. Mark rechnen können, die sich 1948 — bei leicht anwachsender Produktion — auf 1300 bis 1500 Mill. Mark erhöhen. Dies scheint der von den Sowjets jetzt geforderte Stand zu sein. Denn für die neun Monate April bis Dezember 1948 ist kürzlich erstmalig eine offizielle Angabe veröffentlicht worden, die die Auslastung für Reparationen mit 103 Mill. Mark beziffert; umgerechnet ergibt dies eine Jahressumme von circa 1375 Mill. Mark.

sich dabei zunächst um die Lieferungen an die Rote Armee und ihre Untergliederungen, die keineswegs etwa nur Lebensmittellieferungen für die Truppenverpflegung umfassen, sondern darüber hinaus auch Industriewaren der verschiedensten Arten. Als zweite Gruppe kommen die Aufkäufe sowjetischer staatlicher Handelsgesellschaften hinzu, von denen als wichtigste die Gesellschaften Ramo-Export, außerdem Techno-Export, Exportion (Textilindustrie), Sohosapschizina zu nennen sind. Die Käufe der Handelsgesellschaften sind — wenigstens zum erheblichen Teil — nicht freiwillig zwischen den Partnern abgeschlossene Geschäfte, sondern beruhen auf Lieferungsweisen der Besatzungszone, den sogenannten „Narjaden“. Die von diesen Gesellschaften gekauften Waren sind offenbar größtenteils auf sowjetische Rechnung ins Ausland exportiert worden und bedeuten damit für die Sowjets einen wichtigen Quell der Devisenschaffung. Nun werden freilich — worauf sich die Sowjets im Falle einer späteren Abrechnung über die Leistungen ihrer Zone wahrscheinlich berufen werden — sowohl die Armeelieferungen als auch die Aufkäufe der Handelsgesellschaften

beschaffenbar in deutschem Geld bezahlt. Dieses stammt jedoch aus den gewaltigen Summen, die die zentrale Finanzverwaltung der Zone jährlich an die Besatzungszone abführen muß und die über die Aufwendungen für die „reinen“ Reparationen weit hinausgehen; es waren im Finanzjahr 1947/48 5,3 Mrd., im Finanzjahr 1948/49 4,2 Mrd. Mark. Die deutsche Wirtschaft der Zone erhält für diese Lieferungen ausschließlich in sich wertloses Papiergeld, während die Sachwerte hinausgehen, ohne daß — im Gegensatz zum echten Export — dafür ein realer Gegenwert hereinkommt. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser beiden anderen Formen der Entnahmen aus der laufenden Produktion sind also die gleichen wie die der echten Reparationen.

Der Umfang dieser Lieferungen ist wesentlich schwerer festzustellen als der Umfang der Reparationen. Fundierte Schätzungen beziffern die Lieferungen an die sowjetische Armee und an die sowjetischen Handelsgesellschaften im Jahre 1946 auf etwa 800-900 Millionen Mark, im Jahre 1947 auf etwa 1200-1300 Mill. Mark, im Jahre 1948 auf etwa 1100-1200 Mill. Mark.

Für 8 Milliarden Sachlieferungen

Man wird also annehmen können, daß die Sowjetzone in den Jahren 1947 bis 1948 in diesen beiden Formen weitere Sachlieferungen zugunsten der Sowjetunion in Höhe von etwa 3 bis 3½ Milliarden Mark erbracht hat; die Gesamtsumme der Lieferungen aus der laufenden Produktion steigt dadurch auf 7,5 bis 8 Mrd. Mark. Auch diese Zahlen geben jedoch nicht den wirklichen Wert wieder, sondern lediglich den anzurechnenden Wert entsprechend den Stoppelpreisen von Ende 1944.

Selbst bei einer dem wirklichen Wert der Lieferungen entsprechenden Berücksichtigung dieser fiktiven Summe wäre damit aber noch nicht der volle Umfang der Leistungen der sowjetischen Besatzungszone erfüllt. Es müßten z. B. noch die Sondergewinne hinzugerechnet werden, die die Sowjets aus dem regulären Export der Zone erzielen, denn der Erlös richtet sich nach den Weltmarktpreisen, während der deutsche Hersteller wieder lediglich den Stoppelpreis erhält. Über eine beabsichtigte Verrechnung dieser Differenz ist von den sowjetischen Behörden niemals eine Erklärung abgegeben worden. Ferner müßte auch der Wert der Arbeitsleistungen angerechnet werden, die deutsche Arbeiter im ausschließlichen Interesse der Sowjets ausführen. An erster Stelle steht dabei der Uranbergbau im sächsischen Erzgebirge mit jetzt etwa 80-90.000 Beschäftigten. Auch diese Leistungen werden aus den finanziellen Reparationen der Zone bezahlt, die also für den Entzug der Arbeitskräfte keinen effektiven Gegenwert erhält.

Erlös-Ernährungsätze

Derartig gewaltige Sachleistungen müssen natürlich die Wirtschaft der

Sowjetzone entscheidend beeinflussen, damit sind sie aber auch von größter Bedeutung für die Voraussetzungen, unter denen die Wirtschaftseinheit Deutschlands wiederhergestellt werden kann. Am unmittelbarsten wirken sie sich für die Verzerrung der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung der Zone aus. Aus diesem Grunde blieben bis Ende vorigen Jahres die Mengen an Bekleidungsartikeln, Schuhen, besonders Lederschuhen, Möbeln und Hausratgeräten, die der Bevölkerung zugestrichelt wurden, auch hinter den bescheidensten Ansprüchen weit zurück. Hier ist inzwischen eine gewisse Besserung eingetreten, weil bei den neuen Konsumgüterforderungen die Konsumgüter (vor allem Textil und Bekleidung) stark zurückgefallen sind. Allerdings geben die Aufkäufe der sowjetischen Handelsgesellschaften auch jetzt noch weiterhin eine gewisse Besserung in der Versorgung, ist jedoch unbestritten, daß wenn ihr Niveau noch nicht entfernt an den Stand in Westdeutschland heranreicht. Die Ernährung in der Sowjetzone, die über einen Elendstandard noch immer kaum hinausgekommen, ist



So die Maschinen sind weg — und was fangen wir mit der — und wofür? — Mit Hosen und Socken!

(Forderung für den Normalverbraucher 10 Gramm pro Tag), bleibt nach wie vor durch die Versorgung der großen Besatzungsarmee belastet, und im Erntejahr 1948/49 haben die Sowjets genau so wenig wie in den Vorjahren auf Reparationslieferungen an Zucker verzichtet, die über die Hälfte des gesamten Erntertrages beanspruchten; Zucker ist aber das einzige hochwertige Nahrungsmittel, das die Sowjetzone gegenwärtig in ausreichender Menge erzeugt, und trotzdem sind die Normalrationen nur halb so groß wie in Westdeutschland.

Erlös abgeben, liegt das Schwerkgewicht der eigentlichen Reparationen gegenwärtig vor allem bei den Produktionsmitteln (Maschinen, Apparaturen, elektrotechnische und feintechische Erzeugnisse, Schiffe, Kraftfahrzeuge, Eisenbahnwagen, Feldbahnlokomotiven u. ä.). Was hierbei Lieferungen von fast 1½ Milliarden bedeuten,

ergibt sich aus folgendem: nach offiziellen Angaben betrug der Produktionswert des Maschinenbaus und der Elektrotechnik zusammen im Jahre 1948 etwa 1050 Mill. Mark. Mit der gesamten Produktion dieser beiden wichtigen Industriezweige würden also erst etwa zwei Drittel der sowjetischen Ansprüche befriedigt werden. Die wirkliche Lage ist sogar deshalb noch ungünstiger, weil die Produktionswerte auf den gegenwärtigen Preisen beruhen, die Werte der Reparationsleistungen aber auf den niedrigeren Stoppelpreisen von Ende 1944. Sachleistungen von 1½ Mrd. können also nur aufgebracht werden, wenn der größte Teil der Erzeugung an Produktionsmitteln nach der Sowjetunion geht. Einzelbeobachtungen aus der Sowjetzone zeigen, daß auch jetzt noch in wichtigen Branchen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik nicht mehr als 10-20% der Gesamtproduktion für den deutschen Bedarf übrigbleiben.

Zu Unterpriisen abgenommen und mit hohem Sondergewinn für Sowjet-Rechnung exportiert

Insgesamt kann man also für die drei Jahre 1946 bis 1948 eine reine Reparationsleistung aus laufender Produktion von etwa 6½ Mrd. Mark annehmen, die sich 1949 um weitere 1,4 Mrd. Mark erhöhen wird. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß sich diese Summe aus den von den Sowjets angerechneten Preisen ergibt, die dem wirklichen Wert der Lieferungen nicht entsprechen. Denn von dem sowjetischen Reparationsbehörden werden grundsätzlich und mit aller Strenge nur die Stoppelpreise zum Stande von Ende 1944 zugestrichelt, die weder den heutigen Produktionskosten in der Sowjetzone noch den Weltmarktpreisen entsprechen. Dies geschieht selbst in den — verhältnismäßig seltenen — Fällen, in denen von den deut-

schen Preisbehörden der Zone Erhöhungen des legalen Preises bewilligt werden sind; die Differenz muß in diesen Fällen von deutschen Landesregierungen getragen werden. Diese müssen darüber hinaus aber noch riesige Summen — für das Erntjahr 1948/49 über 700 Mill. Mark — als Subventionen an die Industriebetriebe zahlen, die in aller Regel mit den anzurechnenden Preisen ihre Kosten nicht decken können. Man wird annehmen können, daß der wirkliche Wert der Reparationsleistungen um etwa 60 bis 80 Prozent über den anzurechnenden Preisen liegt.

Dies gilt ebenso für die anderen Formen, in denen die Sowjets Teile der laufenden Produktion ihrer Zone für ihre Interessen entnehmen. Es handelt

Die D-Mark-Ost muß sich entwerten

Nun hat aber die Sowjetzone bekanntlich in den Jahren 1945-1947 außergewöhnlich große Demontagen erlebt, von denen mindestens 50% des gesamten maschinellen Produktionsapparates betroffen wurden. Wenn die Produktion wesentlich über den jetzigen niedrigen Stand im Vergleich zu 1930 etwa 55 bis höchstens 60% gesteigert werden soll, so ist das nicht ohne bedeutende Neuinvestitionen möglich. Außerdem ist der jetzige maschinelle Produktionsapparat nur erhebliche Teile überholt und bedarf dringend der Erneuerung. Der nach Erfüllung der sowjetischen Ansprüche für diese Zwecke verbleibende Teil der Produktion ist aber im Verhältnis zum Bedarf minimal. Es ist daher zu befürchten, daß bei einer Fortdauer dieser Ansprüche in naher Zukunft in einigen Branchen der jetzige Produktionsstand nicht mehr gehalten werden kann oder mindestens die bisher schon gesunkene Qualität der Erzeugung sich weiter verschlechtert.

Erneuerungen. Mit dem Erlös der Waren, die heute unbezahlt nach der Sowjetunion gehen, können aber Einführen in beträchtlicher Höhe finanziert werden. Diese Begrenzung der Exportkraft und damit auch der Importkapazität der Sowjetzone zieht also auch von der Materialseite her sehr enge Grenzen für eine mögliche Produktionsausweitung.

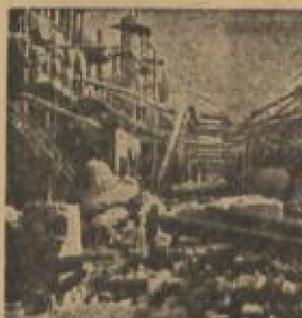
Schließlich bedeutet die Sachleistungen in solcher Höhe, daß in der Sowjetzone ständig ein Kaufkraftüberhang entstehen muß, weil durch den Abfluß großer Teile der Produktion, ohne daß ein Gegenwert hereinkommt, das Gleichgewicht von Geldmenge und Warenmenge immer von neuem gestört wird. Schon aus diesem Grunde kann die Ostmark der Deutschen Notenbank niemals den gleichen inneren Wert besitzen wie die Westmark der „Bank Deutscher Länder“. Dies ist einer der zwingendsten Gründe für die Forderung der Westmächte, daß das heutige sowjetische Reparationsystem aufgegeben werden muß, wenn die Wirtschaftseinheit Deutschlands hergestellt werden soll. Seine Fortdauer würde bedeuten, daß die sowjetischen Reparationsentnahmen von Westdeutschland mitbezahlt werden müßten. Denn in einem wirtschaftlich geeinigten Deutschland würde die „freie Kaufkraft“ der Sowjetzone, der dort keine ausreichende Warenmenge gegenübersteht, zu den westdeutschen Märkten strömen, mit der notwendigen Folge steigender Preise und sinkender Kaufkraft des Geldes.

Bevin, SPD und die Demontagen

Die Demontage spielt in diesem Wahlkampf eine große Rolle. Es scheint so, als ob sich in diesem Punkte alle Parteien einig sind unter dem Motto: „Schluß mit den Demontagen!“

Diese aufklärerische und zur Vernunft machende Arbeit ist schon auf fruchtbaren Boden gefallen. Der amerikanische Senat billigte in den ersten Augusttagen den Zusatzantrag zum Auslandshilfegesetz, mit dem die Unterbindung aller weiteren Zerstörungen oder Demontagen gewisser indu-

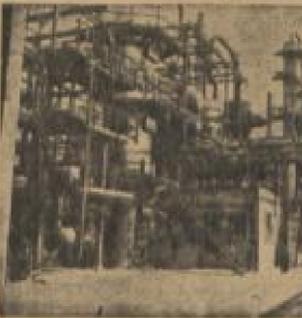
strieller Anlagen in Deutschland angestrebt wird.



Das war die Goldberggrube Ende 40 1944, durch Bomben zerstört.

freundchaftlichen Beziehungen zu nachgebenden Politikern beantragen, um gerade Amerika wachzurufen.

Jedoch haben die deutschen Gewerkschaften sehr lange geduldet, obwohl bereits USA-Gewerkschaftsführer öffentlich gegen die Demontagen Stellung nahmen und obwohl die Arbeiter in Westdeutschland spontan die Demontagen gegen die Arbeit zu hindern suchten — oder überhaupt die Demontage verweigerten und sich lieber dafür einsetzten ließen.



So war die 1948 durch Gewerkschaftsarbeit wieder aufgeführt und jetzt soll die demontiert und wieder zerstört werden!

Es wäre wirklich an der Zeit, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelänge, ihre Gesinnungsfreunde in London davon zu überzeugen, daß die Demontagen weder in dem Aufbau Europas passen, noch den Gedanken der Europäischen Mächte. Es wäre gut, wenn die SPD diese Aufklärungsarbeit mit der gleichen Intimität betriebe, mit der sie bei der Regierung Großbritanniens von der Notwendigkeit der Sozialisierung großer Wirtschaftszweige zu überzeugen versucht.

Nach den scharfen Erklärungen im Unterhaus, daß an dem einmal beschlossenen Demontagen nichts mehr geändert werden könne, wird es der SPD nicht leicht sein, die Marxistin in England an die alte Parole zu erinnern „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Schon die schamlose Bitte, schriftliche Unterlagen zu einem Thema einzureichen, von dem die ganze Welt beherzt und die Weltpresse voll ist, bedeutet eher eine Ablehnung als den Wunsch einer sachverständigen Prüfung ganz abgesehen davon, daß es keinen besseren Beweis für bürokratische Methoden in einer sozialistischen Regierung geben kann: Es kann bei einer Arbeiterpartei scheinbar alles nur nach Akten entschieden werden.

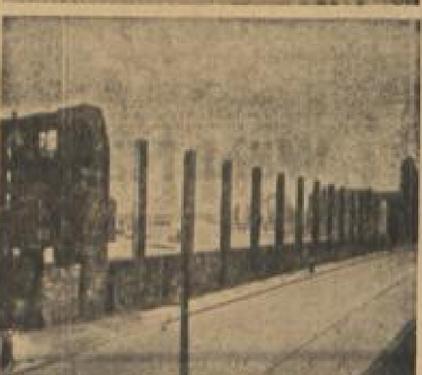
Durch die Entnahmen der Sowjets fehlen die Mittel für die Einfuhr

Nicht geringer ist die Bedeutung der Reparationsentnahmen für die Leistungsfähigkeit der Sowjetzone im Intra- und Außenhandel. Vor dem Kriege waren an den Export Mitteldeutschlands gerade die Produktionsmittelindustrien stark beteiligt. Z. B. exportierte das Land Sachsen im Jahre 1938 Industriewaren im Werte von 532 Mill. Mark; hiervon entfielen auf die Eisen- und metallverarbeitenden Industriezweige einschließlich Feinmechanik und Optik 244 Mill. Mark auf die Textil- und Bekleidungsindustrie 185 Mill. Mark. In Thüringen waren die Zahlen: Gesamtexport 189 Mill., davon Metallverarbeitung 63 Mill., Textil- und Bekleidungsindustrie 28 Mill. Mark. Da die Produktion des Maschinenbaus heute noch nicht die Hälfte von 1938 erreicht hat und hiervon noch der überwiegende Teil der Reparationen dient, bleibt für Intra- und Außenhandel und Export nur sehr wenig übrig. Auch bei voller Wiederherstellung der rechtlichen Grundlagen des Intra- und Außenhandels wird es daher für sowjetische Besatzungszone sehr schwer fallen, genügend Gegenwerte für die vielen, an ihr benötigten Güter aufzubringen. Das gleiche gilt für den Außenhandel, dessen Umsätze im Jahr 1948 zwar gegenüber dem Vorkriege beträchtlich gewachsen sind, aber doch noch weit unter dem liegen, was für eine normale Produktion und Versorgung notwendig ist; so sind z. B. die völlig unentbehrlichen Einführen von Textilrohstoffen aus der westlichen Welt bis auf Einzelteile ausgetrieben, mit sehr ungünstigen Auswertungen. Für die Produktionsvolumen und für die Qualität der

Ein bereits demontiertes Werk



Vor der Demontage



Nach der Demontage

Keine
Bolschewisierung
der deutschen Wirtschaft

Keine
Sozialisierungsexperimente

Sie schaden dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands.

Lernt aus den bitteren Erfahrungen des Auslandes!

Wählt zum Bundestag

Abgeordnete,

die nicht durch Sozialisierungs-
versuche zum Schrittmacher
des Sowjetsystems werden!

**Wählt Männer, die für das Privateigentum, die Freiheit des Einzelnen
und der Wirtschaft eintreten!**